

Für Windkraft und gegen Atomkraft-Ausstieg

BAWÜ-CHECK Ukraine-Krieg verändert bei den Menschen im Land die energiepolitischen Einstellungen und Wünsche

Von unserer Korrespondentin
Ulrike Bäuerlein

Der Krieg in der Ukraine und die Sorge der Bürger um die Energieversorgung haben innerhalb weniger Wochen erreicht, woran sich die grün geführte Landesregierung seit Jahren die Zähne ausbeißt: Der Widerstand der Bürger gegen Windkraftanlagen bricht ein. Und nicht nur das – er verkehrt sich ins Gegenteil. Und beim Atomausstieg soll die Politik auf die Bremse treten. Zugleich belasten die gestiegenen Preise für Strom, Heizöl, Gas, Benzin und Diesel bereits das Alltagsleben vieler Menschen. Jeder vierte Bürger im Südwesten hat Sorgen, dadurch in große finanzielle Schwierigkeiten zu kommen.

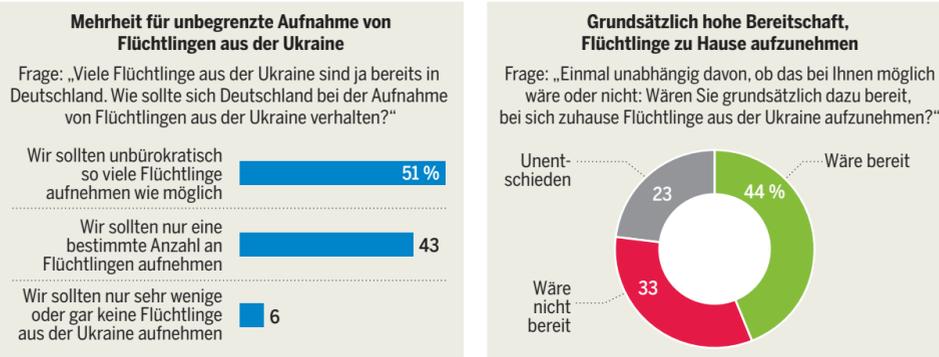
Das sind Ergebnisse aus dem aktuellen BaWü-Check, der Umfrageserie der baden-württembergischen Tageszeitungen durch das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD), die sich in ihrem neunten Teil mit dem Ukraine-Krieg und seinen Auswirkungen auf das Land befasst hat.

Abhängigkeit Vor allem ist der Bevölkerung bewusst geworden, wie abhängig Deutschland von Gas- und Öllieferungen aus Russland ist. Die Mehrheit sieht die Sicherheit der Energieversorgung hierzulande in Gefahr. Wie sehr, das zeigt nach Angaben des Allensbacher Instituts vor allem ein dramatischer Wert: Nur noch sechs Prozent der Bevölkerung halten die Energieversorgung im Land für gesichert. Bei vergleichbaren Umfragen in den vergangenen Jahren hatte der Wert dagegen stets bei rund zwei Drittel der Befragten gelegen.

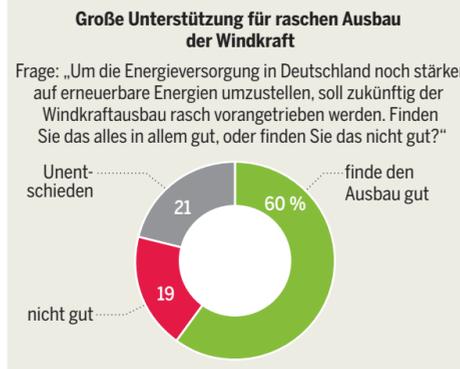
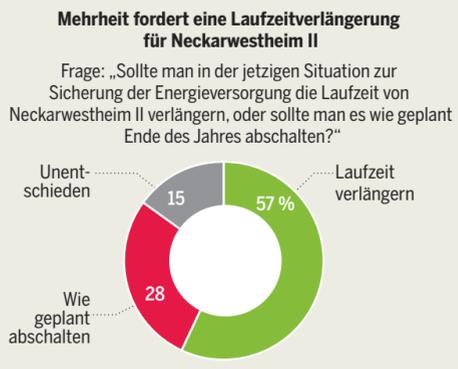
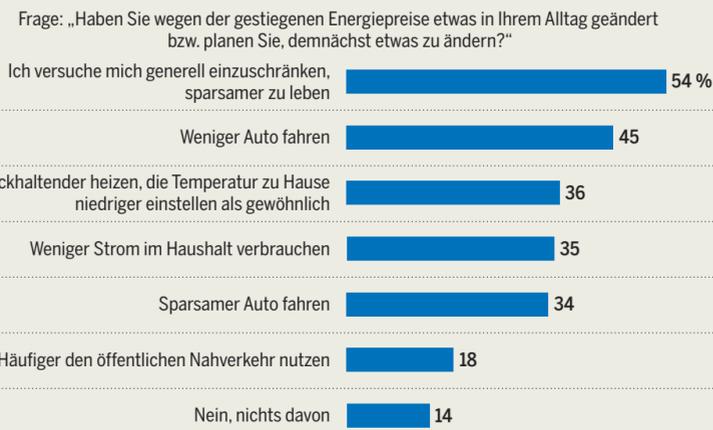
Die grün geführte Landesregierung erhält von den Bürgern auf die Frage, wo der Strom künftig herkommen soll, eine klare Antwort. Aus mehr Windkraftanlagen und

Meinung der Bevölkerung

Alle Angaben in Prozent



Genutzte Einsparpotentiale im Alltag



HST-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen G164/III. Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

neuerbaren Energien, was die grün-schwarze Regierungskoalition ohnehin vorantreibt. Und aus der Verlängerung der Laufzeit des Atomkraftwerks Neckarwestheim II. Der Meiler soll als einer von drei derzeit noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerken in Deutschland planmäßig Ende 2022 vom Netz gehen. Nun hat sich eine Mehrheit der Baden-Württemberger (57 Prozent) für eine Laufzeitverlängerung von Neckarwestheim II ausgesprochen.

Wenig Chancen Was die Landespolitik und den Kraftwerksbetreiber EnBW betrifft, bestehen kaum Chancen dafür. Sowohl die Umwelt- und Energieministerin Thekla Walker (Grüne) als auch die EnBW selbst haben kürzlich auf den bestehenden Ausstiegsbeschluss und die Zuständigkeit des Bundes verwiesen, der das Ausstiegsdatum gesetzlich festgelegt hat.

Über Nacht geht eine Laufzeitverlängerung schon gar nicht. Zuerst bedürfte es einer Änderung des Bundesgesetzes, zudem hat sich der Betreiber EnBW seit Jahren auf dieses Ausstiegsdatum vorbereitet. Dies betrifft die seit 2016 errichtete Rückbau-Infrastruktur samt zugehörigen Verträgen, die Personalplanung, aber auch die Beschaffung der für einen Weiterbetrieb nötigen Brennelemente. Experten rechnen damit, dass die Herstellung neuer Brennelemente nach einem Verlängerungsbeschluss mindestens 1,5 Jahre dauern würde.

Anders sieht es bei der Windkraft aus, deren Ausbau in Baden-Württemberg 60 Prozent der Bürger unterstützen. Für schnelleren Ausbau und Energiesicherheit sind die Bürger mehrheitlich sogar bereit, auf ihr Einspruchsrecht zu verzichten und selbst Windräder in der Nähe der eigenen Haustür zu akzeptieren. Aber bis sich dort etwas dreht, dauert es selbst im Fall der Halbierung der Planungsdauer von bis zu sieben Jahren pro Anlage noch viel zu lang. Schon die Verfahrensverkürzung, die am Donnerstag im Landtag auf den Weg gebracht werden soll, wird frühestens nach der Sommerpause in Gesetzesform gegossen.

Innenstadt soll sicherer werden

STUTTGART Um Stuttgart sicherer zu machen, will die Stadt in bestimmten Bereichen Waffen verbieten. Dafür soll eine Zone in der Innenstadt eingerichtet werden, wie Stuttgarts Oberbürgermeister Frank Nopper (CDU) am Dienstag informierte. „Ich würde sie am liebsten heute schon ausweisen.“ Die Stadt warte noch auf grünes Licht vom baden-württembergischen Innenministerium. Die Waffenverbotszone soll nach Angaben Noppers in den Bereichen Kleiner Schlossplatz, Schlossplatz, Schlossgarten und Stadtgarten ausgewiesen werden.

Außerdem wollen Stadt und Polizei die Kamera- und Videoüberwachung in den kommenden Monaten ausbauen. Das soll der Polizei helfen, mutmaßliche Täter zu ermitteln. Die Kameras werden demnach ab Mai installiert und senden hochauflösende Bilder sofort an die Beamten. Die Kameras sollen in den Nächten von Freitag auf Samstag sowie von Samstag auf Sonntag jeweils von 20 bis 6 Uhr eingesetzt werden. Das sei mit dem Landesdatenschutzbeauftragten abgestimmt. „Ansonsten ist diese Überwachung ausgeschaltet“, sagte Stuttgarts Ordnungsbürgermeister Clemens Maier.

Stuttgart werde nach eigenen Angaben auch mehr Personal einsetzen, um die Polizei gerade an den Wochenenden in den Abend- und Nachtstunden zu entlasten. Die Stadt plant, den städtischen Vollzugsdienst um 30 Stellen auf 101 Stellen zu erweitern. Allerdings müssen die neuen Einsatzkräfte zunächst einmal eingearbeitet werden. „Die können nicht von heute auf morgen zum Einsatz kommen“, sagte Frank Nopper. Mit den Maßnahmen reagieren Stadt und Polizei auf die Stuttgarter Krawallnacht im Juni 2020 sowie auf viele weitere nächtliche Ausschreitungen und Gewaltausbrüche in der Vergangenheit. Nach Angaben der Polizei wurden in den vergangenen zwölf Monaten im Stuttgarter Stadtgebiet etwas mehr als 42.000 Straftaten registriert. *dpa*

Kurz notiert

Mehr eingenommen

STUTTGART Das Land Baden-Württemberg hat im vergangenen Jahr 2,46 Milliarden Euro an Grunderwerbsteuer eingenommen. Wie das Statistische Landesamt am Dienstag mitteilte, stiegen die Einnahmen 2021 um 9,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Rund 953 Millionen Euro wurden an die Stadt- und Landkreise weitergereicht, denen durch das Finanzausgleichsgesetz 38,85 Prozent der Einnahmen für ihre Gebiete zustehen. Die leichte Abweichung der Summe liege daran, dass das Geld teilweise zeitversetzt verbucht werde. Die Veränderungen fielen sehr unterschiedlich aus, extreme Veränderungen seien etwa auf lokale Sondereffekte oder Einzelfälle zurückzuführen. Der Hohenlohekreis verzeichnet ein Plus von 57,4 Prozent, der Stadtkreis Heilbronn ein Minus von 7,7 Prozent, der Landkreis Heilbronn ein Minus von 4,3 Prozent. *dpa/red*

Amtschef geht in Rente

STUTTGART Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) muss Ende Mai seinen wichtigsten Mitarbeiter ersetzen. Julian Würtenberger, Staatssekretär und Amtschef im Ministerium, geht mit dann 65 Jahren in den Ruhestand. Nachfolger wird der bisherige Amtschef im Justizministerium, Elmar Steinbacher. Der frühere Richter Steinbacher ist seit 2016 Ministerialdirektor im Justizministerium und damit die Nummer zwei in dem Ressort. Der 55-Jährige übernimmt von Würtenberger auch die Koordination der Regierungsarbeit auf CDU-Seite. Würtenberger gilt als Architekt der beiden Koalitionen mit den Grünen 2016 und 2021. Beide Koalitionsverträge tragen seine Handschrift. *dpa*

Razzia gegen Impfpass-Fälscher auch im Präsidiumsbereich Heilbronn

TÜBINGEN Im Zuge der Ermittlungen gegen einen Arzt aus dem Kreis Tübingen hat die Polizei Dutzende Wohnungen in ganz Deutschland durchsucht. Darunter auch einige im Gebiet des Heilbronner Polizeipräsidiums. Wo genau sich die Durchsuchungen in der Region ab-

spielten und was deren Ergebnis ist, dazu konnte das für die Razzia zuständige Präsidium Reutlingen gestern Abend keine Angaben machen. Mehr als 90 Menschen aus dem Bundesgebiet sollen von dem beschuldigten Arzt gefälschte Corona-Impfnachweise bekommen haben,

teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Bei der gestrigen Razzia wurde Tatverdächtigen Blut zur Antikörperbestimmung abgenommen, um herauszufinden, ob sie geimpft wurden oder nicht. Der Arzt aus einer Tübinger Kreisgemeinde soll seit Mitte des

Jahres 2021 Corona-Impfungen in Impfpässen dokumentiert haben, ohne ein Vakzin zu verabreichen. Teils soll er die nicht stattgefundenen Impfungen über die Krankenkasse abgerechnet, teils sollen die Abnehmer bis zu mehrere Hundert Euro bezahlt haben. Der Arzt war

durch Zeugenhinweise ins Visier der Ermittler geraten. Die Polizei durchsuchte Privat- und Praxisräume des Mediziners und Wohnungen dreier mutmaßlicher Abnehmer gefälschter Impfpässe im Januar. Dabei sicherte sie Patientenakten und Kommunikationsmittel. *dpa/kik*

SPD und FDP fordern erneut Rausschmiss von Lucha

Entlassungsantrag am Donnerstag im Landtag – Ministerpräsident Kretschmann will an Sozialminister festhalten

Von unserem Korrespondenten
Michael Schwarz

STUTTGART Baden-Württembergs Sozialminister Manne Lucha (Grüne) schlägt mit der Faust auf den Tisch, um seinen Argumenten mehr Nachdruck zu verleihen. „Ich habe eine hohe Identifikation mit dem Gesundheitswesen. Ich bin ein Überzeugungstäter“, sagt Lucha. Seine Wangen bei der Pressekonferenz am Dienstag in Stuttgart sind gerötet, die Anspannung ist ihm anzusehen. Das ist auch verständlich, schließlich will die Opposition von SPD und FDP, dass Lucha als Minister entlassen wird.

Nummer zwei Es ist nunmehr der zweite Versuch von Liberalen und Sozialdemokraten, Lucha aus dem Amt zu bekommen. Nachdem dieser kürzlich Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) per Brief dazu aufforderte, Ende April den Wechsel von der pandemischen hin zur endemischen Phase zu voll-

ziehen und sich daraufhin Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) von seinem Minister distanzierte, wollte die Opposition Lucha bereits in einer Sondersitzung des Parlaments zum Rückzug auffordern. Die Sitzung wurde von Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) jedoch abgelehnt. An diesem Donnerstag wird in der offiziellen Landtagssitzung der zweite Versuch gestartet. „Was ich mal sicher sagen kann: Ich werde ihn nicht entlassen. Ich wüsste gar nicht, warum“, lautet die Reaktion Kretschmanns am Dienstag. Doch die Debatte um Lucha geht weiter.

Aber was ist Lucha in der Pandemie überhaupt vorzuwerfen? In ihrem Entlassungsantrag führen FDP und SPD etliche Punkte auf, die aus ihrer Sicht einen Rausschmiss rechtfertigen. Zum einen habe Lucha versagt beim Schutz von Alten- und Pflegeheimen. Dort habe er die Tests für Mitarbeiter und Besucher viel zu spät umgesetzt. Der härtere Vorwurf: Lucha habe die Öffentlich-

keit über die Todeszahlen in den Heimen zu spät informiert. Weiter werfen SPD und FDP Lucha vor, auch bei den Corona-Impfungen in den Alten- und Pflegeheimen gescheitert zu sein. Obwohl die Impfbereitschaft vorhanden gewesen sei, sei Luchas Boosterkampagne erfolglos gewesen. Weiter habe er mangelhafte Schutzmasken ver-

teilt, bei der Organisation der Impfungen versagt, Fehler bei der Teststrategie an Schulen und Kitas gemacht – und Pannen bei den Verordnungen zu verantworten.

Rückendeckung Kretschmann bewertet das alles anders. Außer den Kommunikationspannen könne er kein Versagen des Ministers sehen.



Im Kreuzfeuer der oppositionellen Kritik: Die Zukunft von Südwest-Sozialminister Manne Lucha (Grüne) ist am Donnerstag Thema im Landtag. Foto: dpa